

SVP Schweizerische Volkspartei
des Kantons und Freistaates Zug
Postfach 7704
6302 Zug

Telefon 079 680 17 44
sekretariat@svp-zug.ch
www.svp-zug.ch



Amt für Raum und Verkehr
Stichwort: Richtplananpassung 21/1
Aabachstrasse 5
Postfach
6301 Zug

Per E-Mail an: info.arv@zg.ch

Zug, 25. Juni 2021

Vernehmlassungsantwort der SVP Kanton Zug zur «Anpassung kantonaler Richtplan 21/1: Gebietsplanung «Äussere Lorzenallmend», Verkehrsintensive Einrichtungen, neuer Mittelschulstandort und Mobilitätskonzept»

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. März 2021 haben Sie die Schweizerische Volkspartei des Kantons und Freistaates Zug nachfolgend als SVP Kanton Zug (SVP) bezeichnet, zur schriftlichen Stellungnahme betreffend «Anpassung kantonaler Richtplan 21/1: Gebietsplanung «Äussere Lorzenallmend», Verkehrsintensive Einrichtungen, neuer Mittelschulstandort und Mobilitätskonzept» eingeladen. Gerne nehmen wir nachfolgend Stellung.

Äussere Lorzenallmend / S 1

Die SVP ist mit den Anpassungen einverstanden.

Verkehrsintensive Einrichtungen / S 4

Die Anpassung des Geltungsbereiches ist nachvollziehbar und akzeptiert.

Neuer Mittelschulstandort Rotkreuz / S 9

Die SVP unterstützt den Standort Rotkreuz.

Mobilitätskonzept

Nachfolgend kommentieren wir die 7 Kernsätze.

G 7.1 Mobilität stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, ermöglicht jedem/jeder Einzelnen die Teilnahme am sozialen und wirtschaftlichen Leben und sichert die Versorgung mit Gütern.

Die SVP begrüsst es, wenn alle Formen der Mobilität im Mobilitätskonzept betrachtet werden, da es nicht staatliche Aufgabe sein kann, den Bürgern gewisse Mobilitätsfor-

men vorzuschreiben. Gerade für ältere Liegenschaftseigentümer bildet die persönliche, jederzeit ausübbare Mobilität einen wesentlichen Bestandteil ihrer Lebensqualität. In diesem Sinne vermissen wir eine Aussage zu einer altersgerechten Mobilität. Zudem muss sichergestellt werden, dass Personen, die abseits der mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossenen Zentren wohnen, nicht durch höhere Steuern und Abgaben auf privaten Verkehrsmitteln diskriminiert werden. Weiter vertreten wir die Ansicht, dass E-Fahrzeuge die entsprechenden Steuern und Abgaben ebenfalls zu leisten haben.

G 7.2 Zugerinnen und Zuger bewegen sich eigenverantwortlich und multimodal.

Die Zusammenfassung der Mobilitätsaufgaben in der gleichen Direktion unterstützen wir. Der Begriff Mobilitätsmanagement ist zu schärfen.

G 7.3 Kanton und Gemeinden fördern durch Anreize flächen- und energieeffiziente Mobilitätsformen. Erneuerbare Energien stehen im Vordergrund.

Die SVP steht grundsätzlich mit Steuergeldern finanzierten Förderinstrumenten kritisch gegenüber.

Die flexible Nutzung der Flächen befürworten wir, es muss aber vermieden werden, dass Langsamverkehr (Fussgänger, Velos) in den Schnellverkehr integriert wird, denn dadurch wird das gesamte System verlangsamt, was nicht die Idee sein kann.

Unter Punkt 1.4. (Verkehrsspitzen) machen wir darauf aufmerksam, dass das Primat des Handelns bei der Wirtschaft bleibt.

Absatz 3 ist zu streichen. Ein Richtplan zeigt nur, was zu tun ist und nicht, was nicht zu tun ist.

G 7.4 Der Kanton strebt für die Mobilität den Grundsatz «pay per use» an.

Die SVP lehnt den Grundsatz (pay per use) entschieden ab, da dieser Begriff ein Synonym für Road Pricing, also Strassenzölle, ist. In einigen Städten der Europäischen Union (EU) werden die Autofahrer täglich zur Kasse gebeten, wenn sie Stadtgebiete befahren. Fasziniert von der neuen Idee, einmal mehr Geld aus den Taschen der Autofahrer zu ziehen, wollen die Mitte-Links-Parteien Road-Pricing auch in der Schweiz einführen. Harmlos als Versuch getarnt, sollen mittelalterliche Strassenzölle einkassiert werden. Damit sollte, gemäss Idee der Initianten, die Verkehrsproblematik in den Ballungszentren gelöst werden. Doch diese Probleme sind in der Schweiz hausgemacht. Es sind die Folgen einer einseitigen, linken Verkehrspolitik.

Wenn die Pendler und Kunden mit dem Auto künftig neben hohen Parkplatzgebühren und Bussen auch noch Wegzölle für das Befahren der Städte bezahlen müssen, blutet das Gewerbe in den Innenstädten endgültig aus. Es freuen sich die „grünen Zentren“ (grosse Einkaufszentren ausserhalb der Städte). Schon heute fahren immer mehr Konsumenten in diese Einkaufszentren im Grünen. „Schnell hin, schnell weg und erst noch gratis Parkieren“, ist die Devise. Da können die Gewerbler in den Städten schon heute kaum mithalten. Wenn künftig auch noch Strassenzölle für das Befahren der Städte geleistet werden müssen, gibt es endgültig keinen Grund mehr für das Einkaufen und Arbeiten in der Stadt.

SVP Schweizerische Volkspartei
des Kantons und Freistaates Zug
Postfach 7704
6302 Zug

Telefon 079 680 17 44
sekretariat@svp-zug.ch
www.svp-zug.ch



Soweit darf es nicht kommen. Die Verkehrspolitik in den EU-Mitgliedstaaten ist eine andere als die schweizerische. Neben der Verkehrssteuer, der Autobahnvignette, den Abgaben auf Treibstoffen sowie weiteren Abgaben (z.B. LSVA), werden die Verkehrsteilnehmer in unserem Land zur Genüge zur Kasse gebeten. Road-Pricing ist der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Die SVP wird sich entschieden gegen solch mittelalterliche Strassenzölle zur Wehr setzen.

G 7.5. Bund, Kanton und Gemeinden planen, bauen und unterhalten sichere und umweltverträgliche Infrastrukturen für die Mobilität. Dazu sichern sie eine sehr gute übergeordnete Erschliessung und Erreichbarkeit für Gesellschaft und Wirtschaft. Die Infrastrukturen sind mit den Nachbarn koordiniert. Diese Inhalte unterstützen wir weitgehend. Wichtig ist aber eine klare Prioritätensetzung und die Punkte anzugehen, die am schnellsten Wirkung zeigen; bestehende Lösungen sind einfacher zu verbessern, als neue Trassen zu entwickeln. Wichtig ist die Infrastruktur möglichst effizient zu bewirtschaften und zu digitalisieren.

Die Flächennutzung ist zu optimieren, aber es darf keine Vermischung innerhalb der Flächen zwischen Langsamverkehr und Schnellverkehr geben. Dadurch würde das gesamte System verschlechtert.

G 7.6 Die Infrastrukturen für die Mobilität und die Entwicklungen der Siedlungen sind aufeinander abgestimmt. Wir sind mit diesen Inhalten einverstanden.

G 7.7 Kanton und Gemeinden nutzen die Chancen der Digitalisierung für eine zukunftsgerichtete Mobilitätspolitik. Dieses Kapitel ist wichtig, nur muss das bisherige Schlagwort mit konkretem Inhalt gefüllt werden.

Abschliessend danken wir Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

SVP Kanton Zug

Kantonsrat Adrian Risi
Mitglied Komm. Raum Umwelt Verkehr
Mitglied Komm. Tiefbau und Gewässer

Kantonsrat Philip C. Brunner
Fraktionspräsident SVP Kanton Zug
Mitglied Komm. Raum Umwelt Verkehr